

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Das Jahr 2011 begann mit der **Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion**, auf der wir zahlreiche Themen, die uns im kommenden Jahr beschäftigen werden, diskutiert haben. Unter anderem haben wir ein Diskussionspapier zum Thema Integration verabschiedet, an dessen Erarbeitung ich beteiligt war. Damit machen wir deutlich: Wir kümmern uns nicht nur um Integrationspolitik, wenn die öffentliche Meinung gerade danach ruft. Sondern wir sehen Integration als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir fortdauernd vorantreiben müssen.

In dieser Woche haben wir im Plenum des Bundestages den **Jahreswirtschaftsbericht 2011** beraten. Die Bundesregierung und allen voran Minister Brüderle betreiben hier Etikettenschwindel, Schönfärberei und Problemverleugung. Die deutsche Wirtschaft ist 2010 um 3,6 Prozent gewachsen, nachdem sie im Krisenjahr zuvor um 4,7 Prozent eingebrochen war. Das Vorkrisenniveau haben wir noch nicht wieder erreicht. Aber die Beschäftigung ist in der Krise stabil geblieben, wächst wieder und kann in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit auf unter 3 Millionen senken. Dieser Erfolg hat aber mit Schwarz-Gelb nichts zu tun. Vorausschauende Reformpolitik von Rot-Grün und energische Anti-Krisen-Politik der Großen Koalition haben daran ihren Anteil. Das wirtschaftspolitische Versagen von Schwarz-Gelb hingegen wird inzwischen vom Sachverständigenrat bis zu den Wirtschaftsverbänden mehr oder minder einhellig und offen ausgesprochen, und die FDP merkt dies auch in ihren Umfragewerten.



Berlin-Brief, Ausgabe 88
21. Januar 2011

Meine Termine

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg, Verabschiedung des Regierungsprogramms

22.01.2011, 10.30 h, Stuttgart, Liederhalle

2. Prunksitzung der Wimpfener Fasnachtsgesellschaft

22.01.2011, 20.11 h, Bad Wimpfen, Kur-saal

Jahresauftakt der SPD Obersulm

23.01.2010, 14.30 h, Sülzbach, großer Saal der Ortschaftsverwaltung

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Im **Dioxinskandal** zeigt Schwarz-Gelb, dass Krisenmanagement ein Fremdwort für die Koalition ist. Die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner von der CSU, schaut lediglich hilflos zu. Wenn in diesen Tagen die Grüne Woche in Berlin beginnt, auf der auch zahlreiche Landwirte aus der Region Heilbronn vertreten sind, ist das Vertrauen zwischen Landwirtschaft, Regierung und Verbrauchern schwer erschüttert. Die SPD hat 15 Forderungen vorgelegt, wie wir auf den Dioxinskandal reagieren müssen, um in Zukunft sichere und gesunde Lebensmittel von unseren Bauernhöfen zu bekommen. Union und FDP glänzen dagegen mit Orientierungslosigkeit.

Im Plenum haben wir am Freitag mit der **Debatte um die Verlängerung des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Mandates** begonnen, nachdem wir in Partei und Fraktion schon oft und heftig darüber diskutiert haben. Die schwarz-gelbe Regierung hat hierbei wenig Respekt vor dem Parlament – schon zehn Minuten nach Beginn der Regierungserklärung zur Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan verschwanden Verteidigungsminister und Außenminister aus dem Plenum. Das zeugt vom Desinteresse von Union und FDP an einer vernünftigen Afghanistan-Politik. Verteidigungs- oder besser Inszenierungsminister zu Guttenberg zieht im Feldlager in Masar-e-Sharif mit Johannes B. Kerner eine Show ab. Außenminister und Noch-FDP-Chef Westerwelle profiliert sich dagegen als seichter Kritiker des Einsatzes. Was fehlt, ist eine wirkliche Strategie: Die Bundeswehr hat keinen klaren Auftrag mit deutlich gesteckten Zielen. Folgt man Schwarz-Gelb, geht es darum, noch ein bisschen durchzuhalten, um dann das Land den blumigen Versprechung von Hamid Karzai zu überlassen. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sieht für mich anders aus. Entscheidungen über Auslandseinsätze fallen mir immer sehr schwer. Auch diesmal untersuche ich wieder möglichst viele Fakten und Vor-Ort-Berichte, um zu einer Entscheidung zu kommen, die ich vor mir selbst, vor den Menschen in unserem Land und vor den Soldaten, die nach Afghanistan gehen müssen, verantworten kann. Im Februar 2010, als es um die Aufstockung des ISAF-Mandats ging, habe ich erstmals bei einer solchen Entscheidung mit „Nein“ gestimmt. Dennoch stehen wir in Afghanistan in Verantwortung, auch das möchte ich nicht verkennen. Der endgültige Beschluss steht nächsten Freitag nach der Beratung in den Ausschüssen an. Ich werde weiterhin darüber berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Josip Juratovic